

Gemeinde Mainhausen, Dienstag, 20. März 2012

Die Energiewende in Deutschland wird in den Städten und Gemeinden mit entschieden

Ausbau erneuerbarer Energien füllt kommunale Kassen

Aber haben die Kommunen etwas vom Ausbau erneuerbarer Energien, außer das Klima zu schützen? Eine neue Studie des Berliner Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) für das baden-württembergische Umweltministerium kommt zu einem klaren Fazit: Energie aus Wind-, Sonnen- oder Wasserkraft schafft demnach nicht nur neue Arbeitsplätze vor Ort, sondern generiert auch hohe zusätzliche Steuereinnahmen. Selbst 1.000-Seelen-Dörfer können ihre Kassen mit mehreren Tausend Euro im Jahr füllen.

„Kommunen profitieren vom Ausbau erneuerbarer Energien - und das umso stärker, je mehr Schritte sie vom Bau bis zum Betrieb der Anlagen übernehmen“, sagt Steven Salecki, Energieexperte beim IÖW und einer der Autoren der im Februar veröffentlichten Studie. Die Wissenschaftler modellieren darin drei Kommunen, die unterschiedlich groß und beim Ausbau erneuerbarer Energien unterschiedlich weit sind: ein Bioenergiedorf mit 1.000 Einwohnern, das die Energiewende fast komplett vollzogen hat, eine Vorreiterkommune mit 50.000 Einwohnern, die beim Ausbau Erneuerbarer Energien über dem Bundesdurchschnitt liegt und ein 250.000-Einwohner-Landkreis mit einem durchschnittlichen Ausbaugrad.

Das Bioenergiedorf versorgt sich im IÖW-Modell vollständig mit „grünem“ Strom und zu 80 Prozent mit Wärme aus erneuerbaren Quellen, unter anderem mit einer Biogasanlage, einem kleinen Wasserkraftwerk und knapp zwei Dutzend Fotovoltaikanlagen. „Über eine zwanzigjährige Laufzeit generieren diese Anlagen 4.000 Euro Wertschöpfung pro Kopf“, sagt Salecki, in Form von Gewinnen für die Anlagenbetreiber, durch Einkommen für Beschäftigte und durch steuerliche Effekte. Die Steuereinnahmen summieren sich im modellierten Bioenergiedorf auf 264 Euro für die Kommune und weitere 371 Euro für das Land – jeweils je Einwohner und über die gesamte Laufzeit der Anlagen gerechnet. Bei 1.000 Einwohnern fließen so über zwanzig Jahre 264.000 Euro in die Kasse des Dorfes. Im Jahr sind das 13.200 Euro. Für Baden-Württemberg, das über Gewerbe- und Einkommenssteuern vom Bau und Betrieb der Anlagen mitprofitiert, fallen 18.550 Euro im Jahr ab. Überschaubar bleiben im IÖW-Modell die Arbeitsmarkteffekte im Bioenergiedorf: Lediglich ein Arbeitsplatz wurde dort geschaffen. Salecki sagt, das liege vor allem an der Einwohnerzahl und daran, dass die Anlagen in der Regel außerhalb der Kommunen konstruiert wurden und für den Betrieb vor Ort kaum Personal nötig ist.

In den modellierten Vergleichskommunen sind die positiven Arbeitsplatzeffekte wegen der höheren Einwohnerzahl sichtbarer: In der Vorreiterkommune, die ihren Strom zu 46 Prozent und die benötigte Wärme zu zwölf Prozent erneuerbar deckt, entstehen durch Bau und Betrieb der Anlagen über deren Laufzeit 77 Arbeitsplätze, im Landkreis 221. Die Pro-Kopf-Steuereinnahmen sind hier durch den geringeren Ausbaugrad zwar niedriger – in der Summe durch die größere Einwohnerzahl aber höher: In der Vorreiterkommune belaufen sie sich auf 655.000 Euro im Jahr, im Landkreis auf 1,45 Millionen Euro. Norbert Allnoch, Geschäftsführer des Internationalen Wirtschaftsforums Regenerative Energien (IWR), sagt, grundsätzlich stiegen die Steuereinnahmen der Kommunen umso stärker, je mehr sie bei Ausbau und Betrieb Erneuerbarer-Energien-Anlagen eingebunden seien. Das habe steuerrechtliche Gründe. „Für die Kommunen ist es daher sinnvoll, möglichst viele Glieder der Wertschöpfungskette in der Hand zu halten.“ Das könnten sie zum Beispiel durch Anlagenhersteller, die sie für ihre Gewerbegebiete gewinnen oder durch Entwicklung örtlicher Energieparks, an denen sich Bürger direkt beteiligen können.

IÖW-Volkswirt Salecki sagt, für Kommunen könne es auch sinnvoll sein, ihre Stadtwerke mit dem Ausbau Erneuerbarer zu betrauen. Sie würden damit selbst Anlagenbetreiber, profitierten steuerlich und seien nicht auf Ansiedlung von Produzenten oder Betreiber angewiesen. **Um Bürgermeistern, Stadtplanern und Kämmerern die Einschätzung der wirtschaftlichen Effekte des Ausbaus erneuerbarer Energien zu erleichtern, bietet das IÖW seit Februar einen Online-Wertschöpfungsrechner. Er ersetzt keine Wirtschaftlichkeitsberechnung für konkrete Ausbauprojekte, bietet kommunalen Entscheidern aber eine erste Orientierung über mögliche Profite.**

Quelle: <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/>